

# Der Proletarier.

Organ des Verbandes der Fabrik-, Land-, Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.

N<sup>o</sup> 9.

Diese Zeitung erscheint alle vierzehn Tage Sonnabends. Preis pro Quartal durch die Post bezogen 66 Pf. Eingetragen in die Postzeitungsliste Nr. 6482.

Hannover  
Sonnabend, 2. Mai 1903.

Geschäftsrate pro Bogen 25 Pf. für Zahlfuß 15 Pf. Offertenannahme 10 Pf. Redaktion: Schillerstr. 5. Verlag: Steinthorstr. 6.

12. Jahrg.

## Zur Beachtung!

Seit dem 1. April sind die Beiträge von 15 auf 20 Pfg. und von 7<sup>1</sup>/<sub>2</sub> auf 10 Pfg. erhöht worden.

Da im Laufe des Vierteljahres immer noch Kolleginnen und Kollegen kommen werden, die Beitragsreste schulden, so sind die alten Marken zur Begleichung dieser Reste vorläufig noch am Orte zu behalten und in den Abrechnungen als Materialbestand aufzuführen. Die Kollegen, welche mit Rastung der Beiträge zu thun haben, die Bevollmächtigten sowohl als auch die Hilfskassierer, wollen darauf drängen, daß die Kollegen ihre Restbeiträge aus dem ersten Quartal umgehend begleichen, damit bald endgültig das alte Markenmaterial aus den Abrechnungen herauskommen kann.

Mit der Nummer 7 des „Proletarier“ sind die Abrechnungsformulare versandt worden. Die Kollegen allerorts wollen unverzüglich die Abrechnung für das erste Quartal vornehmen. An Orten, wo die Revisoren in der vorgeschriebenen Zeit zur Abrechnung nicht aufgefordert wurden, wollen sie selbst die Anregung zur Vornahme der Abrechnung geben. Wegen des Wechsels in der Beitragsbezahlung ist es unbedingt notwendig, daß Abrechnungen aus dem ersten Quartal nicht mit denen aus dem zweiten Quartal zusammenfallen. Also noch einmal: Pünktlich abrechnen!

In der Abrechnung für das erste Quartal sind etwa bereits verkaufte 20 und 10 Pfg.-Marken nicht mit aufzuführen, weder als verkauft noch im Materialbestande. Wenn es geschieht, wird damit nur die Abrechnung erschwert.

Mit kollegialischem Gruß  
Aug. Breh.

## Unsere Organisation im Jahre 1902.

Die Mitgliederzahl im Jahresdurchschnitt betrug 33 640, die auf 373 Orte Deutschlands sich vertheilten.

Die Auflage des Verbandsorgans war 40 000 Exemplare.

Die Einnahme des Streifonds betrug 40 522,38 Mark, darunter 13 746,94 Mk. Zuschuß aus der Verbandskasse. Einschließlich des Streifonds und eines Bestandes am 31. Dezember 1901 von 97 222,76 Mk. betragen die Einnahmen 570 429,89 Mark.

Es wurde ausgegeben:

	1902	1901
Für das Verbandsorgan	14 914,33 Mk.	14 169,75 Mk.
Agitation	8 344,—	7 240,62
Sireilunterstützung	38 620,15	147 457,12
für andere Gewerkschaften	300,—	1 100,—
Rechtschutz	1 777,67	2 186,25
Gemahregelunterstützung	9 033,18	9 971,35
Reisenunterstützung	5 237,92	4 471,49
Sterbegeld	6 731,35	
Kostlagenunterstützung	860,—	9 292,—
Umgangsgeld	5 315,79	
Bibliothek	23,20	16,—
Verbandsstag, Kongress, Konferenzen	9 008,77	
Beitrag an die General-Kommission	3 944,28	3 587,79
Schalter, Veräumnis-Kosten	5 808,33	
Sächliche Verwaltungskosten	8 846,78	18 834,95
In den Zahlstellen 33 <sup>1</sup> / <sub>2</sub> Proz.	77 162,03	78 734,—

Die Einnahmen ausschließlich des Kassenbestandes aus dem vorausgegangenen Jahre betragen pro Mitglied und Jahr:

1902: 7,99 Mk.  
1901: 8,89 Mk.

Die Ausgaben pro Jahr und Mitglied waren:

1902: 5,08 Mk.  
1901: 9,27 Mk.

Die Differenz in der Ausgabe pro Jahr und Kopf der Mitglieder ergibt sich daraus, daß das Jahr 1901 einige Streiks von langer Dauer und hoher Beteiligungsziffer für uns brachte.

Für Streiks wurden, ausgenommen die angegebenen Summe von 38 620,15 Mk., noch 3611,40 Mk. aus den Kassen, im Ganzen 42 231,55 Mk. ausgegeben.

Arbeitseinstellungen waren zusammen 31 zu verzeichnen. Davon waren 19 Abwehrstreiks.

An ihnen waren 562 Personen beteiligt, davon 15 Arbeiterinnen. Die Ursachen der Arbeitseinstellungen waren in 9 Fällen Aussperrung, in 9 Fällen Lohnreduzierung, in einem Falle Maßregelung. Die Resultate waren: in 5 Fällen ganzer Erfolg, in 3 Fällen theilweiser Erfolg, in 9 Fällen ohne Erfolg, in zwei Fällen blieb der Ausgang unbekannt.

An den 12 Angriffstreiks waren 291 Personen beteiligt, davon 8 weiblichen Geschlechts. Die Ursache war in 8 Fällen Lohnforderung, in 2 Fällen die Forderung: Verkürzung der Arbeitszeit; in 2 Fällen lagen andere Ursachen vor.

Von diesen Arbeitseinstellungen endeten 4 mit Erfolg, 1 mit theilweisem Erfolg, 7 erfolglos.

Von den an allen Streiks beteiligten Personen waren 588 verheirathet und 265 ledig. Die Anzahl der Kinder war 1117. Bei Abwehrstreiks hatten die Beteiligten einen Verlust von 15 302 Arbeitstagen, und eine Lohneinbuße von 62 509,97 Mk.

Bei den Angriffstreiks war die Summe der verlorenen Arbeitstage 4384, des Lohnes 14 463,33 Mk.

Die Angriffstreiks erforderten 33 408,30 Mk., die Abwehrstreiks 8823,25 Mk. an Unterstützung.

## Aus dem Reichstage.

Am 22. April fand das Phosphorgefetz zur zweiten Lesung. Einige Abgeordnete des Zentrums machten den Versuch, die Beschlußfassung über dieses Gefetz zu verschleppen.

Die Kommission befürwortet Annahme des Regierungsvorschlags unter Hinzufügung einer Resolution, welche die Regierung auffordert, den durch das Verbot der Verwendung weißen Phosphors brotlos werdenden Arbeitern geeignete Arbeit zu verschaffen.

§ 1 enthält das Verbot der Verwendung von rothem oder gelbem Phosphor zur Herstellung von Zündhölzern und anderen Zündwaaren.

Pichler-Zentrum und Genossen beantragen, die Weiterberatung der Vorlage auszusetzen und den Reichskanzler zu ersuchen, Erhebungen über die Phosphorverunreinigungen anzustellen.

Staatssekretär Graf Koschowsky: Ich glaube, das ganze Haus ist sich darin einig, daß es sich hier um eine der gefährlichsten Industrien handelt und daß man daher eine Verzögerung dieses Gesetzes nicht in Aussicht nehmen sollte. (Sehr richtig! bei den Soz.) Ich hätte dringend gewünscht, daß dieser Gesetzentwurf schon früher zu Stande gekommen wäre. Ich habe hier zwei Briefe von Ärzten, die in ersgreifender Weise die Wirkung dieses Fabrikationszweiges darstellen. Die Phosphorneurose wirkt degenerierend nicht nur auf die Arbeiter in den Betrieben selbst, sondern auch auf ganze Geschlechter. Treten doch bei den Kindern von Phosphorarbeitern und Arbeiterinnen schon früh ohne jede äußere Verletzung ein, weil das ganze Knochengewebe erblich belastet ist. Daher ist denn auch in den meisten Staaten die Fabrikation von Zündwaaren mit Phosphor durchaus verboten. Den Behauptungen von der leichten Explosionsfähigkeit der neuen Zündmasse muß ich auf Grund der Gutachten von Sachverständigen auf das Entschiedenste entgegenreten. Die Kommission hat sich ja auch an Ort und Stelle vom Gegenstande überzeugt.

Was die Entschädigungsfrage betrifft, so sind wir der Meinung, daß Niemand ein verdrängtes Recht darauf hat, zum Schaden seiner Mitmenschen ein gewinnbringendes Gewerbe zu betreiben. Wenn wir Jeden entschädigen wollten, der durch sozialpolitische Verordnungen zu Gunsten von Leben und Gesundheit seiner Arbeiter belastet wird, dann kann jede sozialpolitische Thätigkeit überhaupt eingestellt werden. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Ich kann positiv erklären, daß das Gefetz die Zustimmung der veränderten Regierung nicht erhält, wenn es mit Entschädigungen verknüpft wird. Ich bin nie den fürchtbaren Eindruck losgeworden, den auf mich als Anabe der Anstalt einer Zündholzfabrik mit ihrem abgekehrten Arbeiter, denen die Unvorsichtigkeit weggefressen waren, gemacht hat. Reagen zu wollen, daß Phosphordämpfe die schädlichen Wirkungen hervorbringen, das heißt die Sonne am hellen Tage leugnen! (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Baum (Soz.): Der Verschleppungsantrag des Zentrums, durch den man das dringend notwendige Gefetz zum Fall bringen will, ist sehr bezeichnend für die sonderbare Arbeiterfreundlichkeit dieser Partei. (Sehr richtig! bei den Soz.) Ein Regierungsrath, Dr. Röster, hat den Rath gehabt, darauf hinzuweisen, wie unzuverlässig die Angaben der von den Fabrikanten abhängigen Fabrikärzte über die Phosphorneurose sind. Ueber die furchtbaren Folgen der erblichen Neurose sprach schon Graf Koschowsky. Schon der bloße Aufenthalt in den Räumlöchern, in denen weißer Phosphor hergestellt wird, ist gefährlich, weil der Phosphor verdunstet und der Dampf an und für sich giftig ist. Dazu kommt, daß in Folge ihrer unglücklichen Lohn- und Arbeitsverhältnisse die Phosphorarbeiter von vornherein für eine solche Krankheit prädisponirt sind. Wie kann es da das Zentrum vor seinem Gewissen (hat denn das Zentrum überhaupt ein Gewissen? A. d. R.) verantworten, daß eine so gefährliche Industrie auch nur noch eine Stunde länger existirt? Was wird es sich im Lande merken, daß jetzt das Zentrum im letzter Stunde als Anwalt der kräftigen Unternehmerinteressen auftritt; man wird dieses Aushmessen zu den übrigen sozialpolitischen Vorbeern des Zentrums hinzurechnen. Im Gegentheil zum Zentrum haben wir schon vor vier Jahren den Antrag auf Verbot der Weißphosphorfabrikation gestellt.

Den Herren, die sich dem vorliegenden Gefetze widersetzen, ist es keineswegs um die Fortdauer der Weißphosphorfabrikation — deren Tage sind dank der amerikanischen Konkurrenz doch gezählt —, sondern um die Entschädigungen zu thun. Die Gewährung einer Entschädigung wäre ein Schlag ins Gesicht unserer ganzen sozialen Gesetzgebung und würde die soziale Gesetzgebung zu einem Lausobjekt machen. Wie die Entschädigung der Arbeiter aussieht, haben wir ja beim Sacharingsefetz gesehen. Dort hat man gesagt, die Arbeiter wären nicht wegen des Sacharingsefetzes, sondern schon vorher aus anderen Gründen entlassen. Der einzige erzählte von einem Arbeiter, der durch die Explosions- und Schwelens'chen Masse getödtet sei. (Zuruf des Abg. Schaetgen: Einer ähnlichen Masse!) Eine ähnliche Masse kann die hundertfache Explosionsgefahr haben. Die neue Methode ermöglicht die Herstellung einer Zündmasse, die allen Anforderungen entspricht, welche man vom Standpunkte des Arbeiterschutzes erheben muß. Mit dem Zutrittreden darf aber nicht bis 1908 gemartet werden. Vor Allem bitte ich um Ablehnung des Antrages Pichler. Es wäre ein Skandal, wenn dieser Antrag angenommen würde. (Beifall b. d. Soz.)

Abg. Dr. Pichler (Ztr.): Es kommen nicht viel Erkrankungsfälle von Phosphorneurose vor, im Jahre etwa 6—9. Wie schwer die Krankheitsfälle sind, wissen wir nicht. Diese Kenntniss ist aber notwendig, wenn man zum Verbot einer Industrie schreitet, die so viele Arbeiter beschäftigt. Es giebt Fälle von Phosphorneurose, die durch eine leichte Operation zu heilen sind. Wo ist denn die Allgemeinheit, die unter den jetzigen Verhältnissen leidet? Wir verlangen vor dem Verbot also erst Erhebungen über eine ganze Reihe von Punkten, so über die Zahl der leichten und schweren Erkrankungen an Phosphorneurose, ferner, inwiefern bei Einführung dieses Gesetzes Entschädigungen gerechtfertigt seien u. s. w. Bitte Sie, diesem Antrage zuzustimmen.

Geheimrath Dr. Sprenger: Die Phosphorneurose ist erst das schreckliche Ende einer Reihe von Krankheiten, die als Wirkungen der Phosphorvergiftung vom Arzte nicht erkannt werden können.

Der Antrag Dr. Pichler (Ztr.), Aussetzung der Verhandlung und Veranstellung von Erhebungen, wird gegen einen großen Theil des Zentrums abgelehnt. § 1 wird mit großer Mehrheit angenommen, ebenso § 2.

Der Antrag Dr. Wiesner (fränk. Sp.) auf Entschädigung der Fabrikanten und Arbeiter wird gegen die Stimmen der freisinnigen Volkspartei und einiger nationalliberaler und Zentrumsabgeordneten abgelehnt.

Zu § 3 ist inzwischen noch ein Antrag Dr. Pichler (Z.) eingegangen, die Vorschriften des § 1 Abs. 2 (Verbot des Verkaufs von Weiß-Phosphor-Zündwaaren) statt am 1. Januar 1908 erst am 1. Januar 1911 in Kraft zu setzen. (Schallendes Gelächter bei den Soz.)

Dieser Antrag wird gegen etwa 5 Zentrumsabgeordnete abgelehnt, ebenso der sozialdemokratische Antrag zu § 3 gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und des Abg. Schrader (fr. Sp.). § 3 wird in der Kommissionsfassung angenommen, ebenso mit großer Mehrheit die von der Kommission beantragte Resolution.

Damit ist die zweite Lesung der Vorlage beendet.

## Der Arbeitsmarkt im Monat März.

Nach dem „Reichs-Arbeitsblatt“ zeigte der Arbeitsmarkt im Monat März im Allgemeinen eine leichte Neigung zur Besserung.

Im Kohlenbergbau war der Geschäftsgang und die Beschäftigung, soweit der Steinkohlen- und Braunkohlenbergbau in Frage kommt, nicht zufriedenstellend. Es war ein starkes Ueberangebot von Arbeitskräften vorhanden, und in der Braunkohlenindustrie fanden Verkürzungen der Arbeitszeit statt. Besser, zum Theil vorzüglich war die Beschäftigung in der Holzindustrie, die Holzereien waren im Allgemeinen voll beschäftigt, und die Nachfrage nach Holzkohlen eine sehr lebhafte.

Im Eisenbahnwagenbau ist eine Besserung nicht zu verzeichnen, die Beschäftigung war im ganzen verflochtenen Quartal eine flauere bei ungewöhnlichem Ueberangebot an Arbeitskräften und theilweise bei verkürzter Arbeitszeit. Etwas besser, wenn auch noch immer schleppend, war die Beschäftigung bei den übrigen Maschinenbauwerken, auch im Werkzeugmaschinenbau. Eine bemerkenswerthe Besserung ist im Automobilbau und in der Fabrikation von Maschinen für landwirtschaftliche Zwecke eingetreten. Ueberangebot von Arbeitskräften war noch vorhanden, es fanden aber zum Theil bereits Lohnherhöhungen statt, in einzelnen Fabriken mußte freilich mit verkürzter Arbeitszeit gearbeitet werden.

Die Holzbranche, insbesondere die Säges- und Hobelwerke, waren in Folge der Aufnahme der Bauthätigkeit im März besser beschäftigt, im Vergleich zu flotten Jahren aber immer noch schwach. Der Arbeitsmarkt war stetig. Das Baugewerbe hatte eine für diese Zeit normale Beschäftigung, der Geschäftsgang war an einzelnen Orten schleppend in Folge hoher Steinpreise. Durch die Bauthätigkeit günstig beeinflusst war der Geschäftsgang in der Ziegels- und Thonröhrenindustrie, ebenso zeigte eine Besserung die Chamottefabrikation. Es bestand jedoch in der Ziegels- und Thonröhren-Industrie noch Ueberangebot von Arbeitskräften.

weil die Ziegeleien mit der Fabrikation erst im April beginnen.

In der Textil-Industrie war für die Spinnerei der Geschäftsgang im Allgemeinen zufriedenstellender, es herrschte zum Theil sogar Mangel an Arbeitskräften, insbesondere an tüchtigen Arbeiterinnen. Wöhne- und Arbeitszeiten blieben unverändert. In der Weberei war die Beschäftigung im Ueberschuß. Bezüglich für den bisher nur Nachrichten vorliegen, normal, dagegen entsprach der Geschäftsgang in der Fabrikation von halbwoollenen und baumwollenen Futterstoffen, sowie reinwoollenen Damenkleiderstoffen in demselben Bezirk noch nicht normalen Anforderungen.

In der Papierindustrie war der Geschäftsgang und die Beschäftigung flott. Männliche Arbeitskräfte waren reichlich vorhanden, dagegen Mangel an weiblichen Arbeitern. Zum Theil war Ueberarbeit erforderlich.

In der Gemischen Industrie war Beschäftigung und Geschäftsgang, was die Theerfarbenfabrikation anbetrifft, normal, zum Theil geringer Arbeitsmangel, im Allgemeinen jedoch normales Angebot von Arbeitskräften. In der Kalindustrie war die Beschäftigung steigend in Folge des im Frühjahr regelmäßig eintretenden härteren Abflusses an die Landwirtschaft. Die Herstellung und der Vertrieb von pharmazeutischen Chemikalien und Drogen hatten regen Geschäftsgang aufzuweisen, es bestand Ueberangebot von Arbeitskräften, das aber im März schon nachließ.

In der Lederindustrie, insbesondere Ledertreibriemen-Industrie, zeigte sich im letzten Monat eine leichte Besserung des Geschäftsganges. Angebot und Nachfrage nach Arbeit wiesen normale Verhältnisse auf. Schlechter Geschäftsgang und großes Ueberangebot von Arbeitskräften bestand dagegen in der Lederhandschuh-Industrie.

Soweit Nachrichten aus der elektrischen Industrie vorliegen, war der Geschäftsgang noch flau und bestand ein Ueberangebot von Arbeitskräften, eine Besserung zeigte die Fabrikation von Gasmotoren, in der teilweise sogar mit Einlegung von Doppelschichten gearbeitet worden ist.

In der Zuderindustrie war nach den vorliegenden Nachrichten der Arbeitsmarkt normal, in der Hutindustrie, für welche der März noch in die Saison fällt, war, soweit Nachrichten vorhanden, leichter Arbeitermangel.

## Wirtschaftliche Rundschau.

**Reichsanleihe:** Konzent. und erste Zeichner, Depression und Zeichnungserfolg, Berlin und die Provinz. — Die wirtschaftliche Lage in Frankreich und England. — Die Trübsal in den Vereinigten Staaten.

Die 200 Millionen Mark dreiprozentige Reichsanleihe sind ab 17. April 1903 abbezahlt worden.

An sich betragen solche Zinsen sehr wenig. Die Spannung zwischen Erwerbspreis (92 Prozent) und Börsenkurs (ca. 92 $\frac{1}{2}$ ), am 18. April 92,70) ist genügend groß, um rein vorübergehende Anleihen — zum Zwecke baldigsten Wirtverkaufes — durchaus lobend erörtern zu lassen, besonders in einer Zeit vorherrschender Expansion an den Börsen. Dem Fiskus kann jedoch an solchen Käufem sehr wenig gelegen sein, da sie das heute aufgenommene Margen ebenso rasch wieder abwerten und der Ansbewegung des Staatspapieres und damit dem ganzen Staatskredit leicht eine größere Unruhe einbringen, als sie sonst einbringen würde. Dem Fiskus liegt vor allem an „festen Elementen“, die eine solide Verzinsung eines dauernd angelegten Kapitals und sonst weiter nichts erstreben. Es scheint aber, daß dieses Element in der That fast bei den Zeichnungen vertreten war. So sind allein bei der Reichsanleihe nicht weniger als 40 Millionen Mark, also der siebente Theil der ganzen neuen Anleihe, mit der Verpflichtung subskribiert worden, die Stücke sofort ins Staatschuldbuch einzutragen zu lassen.

Auch der allgemeine Wirtschaftsgang kommt in dem Er-  
gebnis zum Ausdruck: das anlagensuchende Kapital ist noch immer hoch, getrieben, wenn auch beschleunigtem Nachschub zu finden. Im Vorjahre, als die Depression noch viel größer war, wurden die angelegten 115 Millionen Mark dreyprozentiger Reichsanleihe sogar 61 mal gezinst. Damals beteiligte sich allerdings auch das Ausland mit bedeutenden Beträgen, während diesmal nur Schweden und Dänemark etwas mit sich brachten, und selbst die Niederlande und Frankreich haben ein gewisses Interesse für die jetzige Anleihe bewahrt.

Wirtschaftlich ist ebenfalls auch die Verfassung der Zeichnungen zwischen der Provinz Berlin und der Provinz, und drei Viertel verhängt der „Bessertopf des Reiches“. (So nennt die Wirthschaft Berlin. D. N.) Einmal ist das die Folge der immer wieder fortgesetzten Konzentration, die selbst das Kapital der Anleihen in immer direktere Beziehungen zu den Berlinen Zinsen stellt. Andererseits kommt auch die fortgesetzte Konzentration des Kapitalmarktes in dem Maße unter den Geschäftem bei dieser Gelegenheit zur Geltung.

Die beständige Produktion hat im Allgemeinen den bisherigen Stand gehalten: im Großen und Ganzen eine langsame Wiederbelebung, jedoch nicht ohne Rücksicht gegen den Fortbestand der Konzentration. Auch die Konzentration scheint so zwischen schwachen Anregungen hin und her; sie ist nie zum Tode betäubt, dafür aber niemals hinreichend hoch zu werden.

Es ist demnach einseitige Konzentration eine bedeutende Besserung der Wirtschaftslage gemeint. Aber sie ist nicht viel genug, um auf die Schuldentlastung verzichten zu können; und eine Verbesserung der Inlandspreise für Rohstoffe wird nicht so rasch als erforderlich angesehen, so leicht auch bei der ganzen Konzentration zu erreichen zu sein, als die Unternehmern long ihrer guten Organisation glauben. Dies auch mit der demnächstigen Vertheuerung des Absatzes nach Amerika rechnen; man möchte bei uns keine Preissteigerung mit den weiterentwickelnden Industrien herausbekommen, die sich in solchen Schichten, in weniger beweglichen und geländereichen Gegenden, wie die Betriebe der Holzindustrie und Holzindustrie. Auch die Konzentration würde eine immer stärker werdende Konzentration bedeuten, wenn man für das Ausland die gleiche Konzentration betreiben würde, während man bei uns ebenmäßig länger belächelt.

Schließlich ist das Ergebnis beim Eisenbahnverkehr. Ein zweites Mal auf die günstiger werdenden Verhältnissen hin. Jetzt liegt die Berechnung für alle betrieb-

bahnen vor. Danach war die Einnahme im März aus dem Güterverkehr um 7,58 Prozent (um 8,66 Mill. Mark) höher als im gleichen Monat des Vorjahres. Dagegen war die Einnahme aus dem Personenverkehr um 1,20 Prozent (um 241,333 Mark) niedriger — was sich daraus erklären mag, daß das Operafest im Jahre 1902 in den März, dieses Jahr jedoch in den April fiel, was aber trotzdem die Erklärung gegen das Vorjahr nicht gerade in allen Hinsichten liegt.

Schließlich wird erwähnt, daß die Nachrichten aus England. Es entwirrt der oben erwähnte Märzbericht der Gewerkschaft der Hefe- und Schiffbauerei (Brewing and Shipbuilding Society) ein besseres Bild des Arbeitsmarktes: die im Februar konstatierte Besserung habe sich im März weiter verbreitet; beim Eintreten besseren Wetters werde man wieder ziemlich normalen Zuständen in der Beschäftigung entgegenzusehen dürfen. Ginge jedoch nicht gleich, daß die großen Flottanaufträge der Regierung dabei beträchtlich ins Gewicht fielen; und für die anderen Industrien trifft dies eben nicht zu. Auch der amerikanische Marktbericht der „Labour Gazette“ über den Arbeitsmarkt verzeichnet zwar, wie alle Jahre, eine Besserung des März über den Monat Februar hinaus; aber das Niveau war fast durchgehend tiefer als in dem Vorjahre. Im Durchschnitt der letzten zehn Jahre stand Ende März der Prozentatz der (organisierten) Arbeitslosen auf 4,8. Er stand dieses Jahr auf genau der gleichen Linie (4,8 Prozent Arbeitslose, bei 260 bestehenden Trade Unions mit 559,219 Mitgliedern). Er stand im Februar allerdings auf 4,8 — dagegen im März 1902 auf nur 2,7 (bei damals 224 bestehenden Trade Unions mit 551,270 Mitgliedern). Als gut oder doch wenigstens ungenügend: der Eisenbergbau, die Kohlenbergbauindustrie, die Maschinenbau-, die Papierindustrie, die Spinnerei, Schuhmacherei und Schneiderei, allenfalls noch die Baumgewerbe, die Tischlerei, der Buchdruck und die Buchbinderei. In gedrängter und schlechter Lage finden wir dagegen: die Kohlenbergbau-, die Eisen- und Stahlindustrie, den Schiffbau, die Glasindustrie und Zäpferei, auch die Stromgewerkschaft und Lederindustrie, die Futur- und Wolle sowie die Holz- und Spinnerei, in einer Weise wiederum in London. Wohnverhältnisse und Lohnfragen hielten sich im März fast genau das Gleichgewicht; immerhin verdient es hervorgehoben zu werden, daß sich 17,300 Gewerkschaftsmitglieder eine Lohnföhrung gefallen lassen wollten.

Daneben hält die Vertheuerung des englischen Geldmarktes an, nachdem die Ausschüttung der Quartaalzinjen vorübergehend eine geringe Erleichterung gebracht hatte. Der Zinsfuß der englischen Konsole weicht noch von dem Pariser Uebersagen, das sich in unablässigen Preerbestimmungen Luft macht.

In den Vereinigten Staaten hat das Appellationsgericht in St. Paul gegen die „Reichsanleihe“-Spekulationen einen Scherz abgeben; es hat, auf Grund des Sherman'schen Antitrustgesetzes von 1890, die Northern Securities Gesellschaft für ungesetzlich erklärt. Nach der „Soll. Big.“ verbietet das Urtheil der Northern Securities Co. weitere Aktien zu erwerben, auf die bereits in ihrem Besitz befindlichen ein Stimmrecht auszuüben, und untersagt überhaupt auch nur den Versuch einer Kontrolle über eine der beiden in Frage kommenden Eisenbahngesellschaften, ja verbietet sogar, daß ihre Aktien zur Abtretung bei der Wahl von Beamten (Vorstand etc.) durch die Northern Securities Co. benutzt werden oder daß sie diesen letzteren Dividenden zahlen. Der Gerichtshof habe erklärt, daß durch die Verschmelzung zwei im Wettbewerb befindliche Bahnen in die Hände der nämlichen Person gebracht und dadurch jeder Grund zu einem Wettbewerb zerstört sei — im Widerspruch mit dem Antitrustgesetz, insbesondere dem Antitrustgesetz von 1890. Die Gewährung des Charters an die Northern Securities Co. durch den Staat New Jersey sei ein Verstoß, durch die Eingekauft-Gesellschaft den Willen der nationalen Gesetzgebung, wie solcher in dem Gesetz niedergelegt sei, mit Bezug auf den wirtschaftlichen Handel, über welchen der Kongreß absolute Kontrolle habe, zu vernichten.

Noch nicht einmal der Einzelfall ist damit irgendwie endgültig entschieden, da der oberste Gerichtshof anderer Meinung sein und das Urtheil aufheben kann. Auch werden die Trustgründer andere, weniger angestrebte juristische Formen für ihre Verschmelzungen suchen und wahrscheinlich auch finden. Vorläufig werden jedoch die Morgan und Senonoff einen Spieß zu stechen müssen, und Herr Roosevelt kann auf seiner Bureau-Arbeitstour triumphierend darauf hinweisen, daß man auch unter der Herrschaft republikanischer Gouverneure und Finanzmänner den Trusts zu Tode gehe. Und die Wähler, die damit zufrieden sind, werden wohl auch nicht alle werden.

Berlin, den 19. April 1903.

Max Schippel.

## Die Wurmkrankheit.

Der Balkenwurm, Ankylostoma duodenale, ist die Ursache der Krankheit, deren Verbreitung unter den Bergarbeitern des Ruhrgebietes gegenwärtig einen so bedenklichen Umfang angenommen hat. Die Größe dieses gefährlichen Darmparasiten beträgt für die Männchen 7 bis 10, für die Weibchen 10 bis 18 Millimeter. Sie nützen sich in der Schleimhaut des obereren Darms in verschieden großer Menge ein und rufen hier theils durch ihre blutfangende Thätigkeit, theils durch Giftstoffe, die sie erzeugen und die von der Darmschleimhaut aufgesaugt werden, eine dem Organismus schädliche Wirkung hervor. Der Parasit wurde im Jahre 1838 von dem Mailänder Arzt Angelo Dubini entdeckt und von ihm mit dem Namen Ankylostoma (Hälchenwurm) auf Grund der vier scharfen Hälchen, mit welchen der Eingang in die bauchige Mundlapfel bewaffnet ist, belegt. In weiteren Kreisen wurde man auf die Wirkungen des Wurms im Körper aber erst durch die große Epidemie aufmerksam, die 1879 bei den Bauen des Gotthard-Tunnels unter der eng vereinigten Arbeiterbevölkerung ausbrach, und die Tausende langes Siechthum, vielen sogar den Tod brachte. Der erste Fall in Deutschland wurde an der Bonner Rhein im Jahre 1882 bei einem Ziegeleiarbeiter von Mendig festgestellt. Veranlaßt durch Mendig's Beobachtungen, wie im demselben Jahre Sichtbar, der 1879 die Leitung der inneren Wirthschaft des Bürgerhospitals in Köln übernommen hatte, auf die Thätigkeit der Erkrankung bei den Ziegeleiarbeitern Köln hin, und zwar beschränkte er seine Beobachtungen nicht auf die dem Hospital zugehenden Fälle, sondern studierte mit der ihm eigenen Gewissenhaftigkeit die Krankheit auf den Ziegeleibern selbst; hier wollte er gemahrt werden, in welcher schmerzlicher Weise die Krankheit bei den Ziegeleibern ausbrach, und daß hauptsächlich die im Frühjahr den Ziegeleibern zuströmenden Balken und Ham-

mer erkrankten, die Winters aber in dem belgischen Bergwerken arbeiteten, während sie aus Deutschland (Essen und Lippe) kommenden Ziegeln verschont blieben. Diese Thatsache führte man Beichtenstern zu der Vermuthung, daß die belgischen Bergwerke die Brutstätten der gefährlichen Ankylostoma-Erkrankungen der niederrheinischen Ziegeleibe seien, welche Vermuthung bald darauf durch die Untersuchungen von Gelehrten, namentlich der Kölner Hochschule, bestätigt wurde. Leichtenstern hat dann in zahlreichen Kulturversuchen die Entwicklung der Ankylostoma-Eier verfolgt und auch in der praktischen Bekämpfung dieses Darmparasiten so nachdrücklich eingegriffen, daß die Erkrankung auf den Kölner Ziegeleibern bedeutend abgenommen hat. Die Ziegeleibe, Bergwerke usw. werden durch die Exkremente der Arbeiter verunreinigt; die darin enthaltenen Eier entwickeln sich unter günstigen Bedingungen (mittlere Feuchtigkeit, Wärme, Sauerstoffzutritt) zu den eingekapselten Larven; gelangen diese in Schmutzwasser, Tümpel, Wassergräben, Wasserläufe, in welchen sie sich besonders lange halten, so können die Arbeiter, die in ihrer Thätigkeit nothgedrungen vielfach mit herabigen Schmutzwässern in Berührung kommen, sehr leicht mit Larven sich infizieren, die, durch den Mund aufgenommen, den Weg zum Darm finden und hier zu reifen Ankylostomen auswachsen. Hieraus ergaben sich als wirksamste Schutzmaßregeln: persönliche Reinlichkeit der Arbeiter und das Verbot, mit schmutzigen Händen, besonders auf dem Arbeitsfelde, zu essen, die Desinfektion ihrer Ausleerungen, Sorge für reines Trinkwasser, vor allen Dingen Anstellung nur von ankylostomafreien Arbeitern, eine Forderung, die bei der Leichtigkeit der Diagnose wohl durchzuführen ist; frühzeitige Erkennung der wirklich Kranken, bei denen für möglichst baldige Abtreibung der Würmer zu sorgen ist.

Wenden wir uns nun zum Schlusse der Epidemie im Ruhrgebiete zu. Bruns fand bei den Massenuntersuchungen durch mikroskopischen Nachweis, daß heute auf verschiedenen Stellen 50 Prozent, auf einer Grube sogar 90 Prozent aller unter Tag beschäftigten Arbeiter angestekt waren. Besonders befallen sind jedoch mit hohen Temperaturen (24 bis 28 Grad C.), während jedoch mit niedrigeren Temperaturen (18 bis 20 Grad C.) bisher verschont geblieben sind. Es entspricht dies der durch Versuche festgestellten Thatsache, daß Eier am besten bei einer Temperatur von 26 bis 30 Grad C. gedeihen, während bei niedrigeren Temperaturen das Wachstum bedeutend langsamer ist. Das schnelle Anwachsen der Epidemie hat man, wohl mit Recht, mit den auf bergpolizeiliche Anordnung allgemein durchgeführten Vertheilungen in urthümlichen Zusammenhang gebracht, da durch diese Maßnahme der Feuchtigkeitgehalt der Grube vermehrt worden ist. Daß bei dem Ernst der Angelegenheit kräftige Maßregeln noththun, wird Niemand leugnen. Es ist Alles daran zu setzen, um der Krankheit Herr zu werden. Die Aussichten, daß dies erreicht wird, sind gut, da die Krankheit in ihrem Wesen durchaus erkannt und der Heilung zugänglich ist. Nur dürfen keine halben Maßregeln ergriffen werden.

(Aus „Ziegel und Zement“.)

## Aus anderen Organisationen.

Nach der nunmehr vorliegenden Jahresabrechnung betrug die Mitgliederzahl des Metallarbeiter-Verbandes Ende 1902 128 842, darunter 3453 weibliche. Das bedeutet gegen 1901 mit 102 905 Mitgliedern, darunter 2460 weibliche, eine Zunahme von 25 937. Der Metallarbeiter-Verband hat somit in Jahre 1902 die absolut höchste Steigerung seiner Mitgliederzahl seit seinem Bestehen zu verzeichnen. Die frühere höchste Steigerung fand vom Jahre 1895 auf 1896 mit 16 765 Mitgliedern statt.

Die erhöhte Mitgliederzahl des Metallarbeiter-Verbandes findet natürlich auch ihren Ausdruck im Kassenschatz. Die Abrechnung bilanziert mit 2 248 022,11 Mark (1901: 1 880 995,61 Mt.). Die Einnahmen setzen sich in den Hauptposten zusammen aus 678 583,44 Mt. Vermögensbestand aus dem Vorjahre, 34 684,40 Mt. (19 833,00 Mt.) an Eintrittsgeldern, 1 475 194,70 Mt. (1 253 062,70 Mt.) an Beiträgen und 57 408,68 Mt. an Diverse. Die ungünstigen Verhältnisse, unter denen besonders die Metallarbeiter zu leiden hatten, verursachten eine bedeutende Steigerung der Ausgaben für Unterstühtungen. Es wurden verausgabt für:

	1902	1901
Reisegeb.	196 226,24	168 625,19
Arbeitslosenunterstühtung	366 034,12	311 949,97
Streikunterstühtung	419 750,01	197 181,09
Besondere Nothfälle	66 344,27	55 985,58
Zusammen	987 354,64	674 741,92

Die Ausgaben für diese vier Unterstühtungsarten allein betragen gegen 1901 ein Mehr von 312 913,71 Mark. An weiteren Ausgaben sind zu verzeichnen: für Agitation 52 635,70 Mt.; das Verbandsorgan beschränkte einen Kostenaufwand von 94 259,21 Mt.; für Rechtschutz wurden 12 372,68 Mt. geleistet; an die Generalkommission wurden 10 894,00 Mt. abgeführt; die Verwaltungskosten betragen 59 200,54 Mt. Der gesammte Vermögensstand am 31. Dezember 1902 war 792 938,87 Mt.

Wir gehen nicht fehl, wenn wir diese so ungemein günstige Entwicklung des Metallarbeiterverbandes auf die von ihm gemachte Arbeitlosenunterstühtung zurückzuführen. Unsere Kollegen, die gegen Einführung der Arbeitslosenunterstühtung sind, mögen ein-

mal ernsthaft mit sich zu Rathe gehen, ob angefehlt einer solchen Entschlossenheit sie ihre Gegnerschaft aufrecht erhalten können.

### Vom sozialen Kampfplage.

In Göttingen haben die Arbeiterinnen der Seifenfabrik von ... wegen Lohnabzügen Differenzen gehabt, die zu einer Arbeitswiederlegung von langer Dauer führte, welche zur Schlichtung der Differenzen zum Nutzen der Arbeiterinnen führte.

In Gumburg-Weihenburger hatten die bei dem Verein deutscher Seifenfabriken beschäftigten Kollegen der Forderung Ausdruck gegeben, ihre Lage zu verbessern. Bei den Verhandlungen wurde eine Lohnherabsetzung mit dem Hinweis auf den schlechten Geschäftsgang abgelehnt. Dagegen haben andere Wünsche der Arbeiter Berücksichtigung gefunden. So soll die Kontrolle der Krankenscheine besser gehandhabt werden; die Lohnzahlung soll Sonnabends vor 6 Uhr erfolgen. Im Speiseraum sollen verschleißbare Behälter angebracht werden und die Einsetzung eines Arbeiterausschusses wurde zugestanden.

In der Ziegelei von Geisemann in Magdeburg legten 14 Mann die Arbeit nieder, weil eine Lohnherabsetzung von 2 Pfg. pro Tausend vorgenommen war. Der Lohn war seither 3 Mk. pro Tag, die Mäzung beträgt über 10 Prozent oder 1,20 Mk. pro Tag. Zur Wahrung des Abzuges war der Unternehmer nicht zu bewegen. Deshalb kam es zur Einstellung der Arbeit. Auch ohne Erfolg, denn von den 14 Mann waren 13 amorganisiert. Die Arbeiter hatten also ihre Beiträge gespart und dadurch ermöglicht, daß der Unternehmer durch Abzüge seinen Gewinn mehren konnte. Das sind die Folgen der Organisationslosigkeit.

2000 Ziegeleiarbeiter der Umgebung von Brästel sind in den Streik eingetreten, weil ihnen die Unternehmer eines Abzuges von 25 Cts. pro 1000 Ziegel kündigten. Der Lohn für 1000 Ziegel beträgt jetzt 2,50 Fr.

Vor Zugang nach Bremerhaven, Rosendamm oder anderen Orten an der Unterweiser wohnt die „Norddeutsche Volksstimme“. Der Bremer Lloyd will den bei ihm beschäftigten Arbeitern das Koalitionsrecht rauben.

Die Schuhmacher in Pirmasens wenden sich in einem Aufruf an die deutschen Arbeiter. Darin heißt es:

#### Arbeiter und Parteigenossen!

Ihr seht nun, was man mit den Arbeitern im Schilde führt. Man hat uns in brutaler Weise einen Kampf aufgezwungen, der, soll er mit Erfolg geführt werden, schwere materielle Opfer erfordert. Man ist allerorts bestrebt, die Arbeiterorganisationen zu vernichten. Geklagt es den Unternehmern, dann wird die ganze Arbeiterschaft schweren Schaden haben.

Wir wenden uns nun in dieser bedrängten Lage an Euch um moralische wie materielle Unterstützung. Wir wissen, wie schwer es fällt, solche Opfer zu bringen, und doch zweifeln wir nicht, daß Ihr uns in diesem Kampfe beistehen werdet.

Gedert sind zu senden an Georg Neuf, Nürnberg, Mägelborferstraße 10. Alle Anfragen und Zuschriften sind an den Unterzeichneten zu richten.

#### Das Komitee der Ausgesperrten.

J. A.: Anton Fuhs, Pirmasens, Goresstraße 16.

6000 Arbeiter und Arbeiterinnen liegen auf der Straße.

### Erste Konferenz der Arbeiter-Abstinenten Deutschlands.

Im festlich geschmückten Vereins Hause in Bremen begann am Ostermontag die erste Konferenz der Arbeiter-Abstinenten Deutschlands. Dieselbe war von etwa 20 Delegierten besucht, die 14 Orte vertraten; außerdem waren einige Vertreter aus Orten, die Bildung einer Organisation nicht aufweisen, anwesend, sowie drei ausländische Delegierte aus Holland, Rußland und Amerika. Die Verhandlungen galten einem Abdruck auf die Stärke der Bewegung, der Gründung einer Zentralorganisation, sowie der Stellungnahme gegenüber den bestehenden Wohlfahrts-Organisationen.

Über die Gründung einer Zentral-Organisation referierte Kofelowski-Berlin. Er gab einen Überblick über die Geschichte der bisherigen Bestrebungen zur Vereinigung der bestehenden abstinenten Arbeitervereine.

Durch Umfrage wurde eine Statistik über den Stand der Bewegung festgestellt, weiter wurden einige schwache Vereine untersucht und die heutige Konferenz einbezogen und ein Einverständnis erzielt. Neben der Wichtigkeit, daß eine Zentralorganisation notwendig und alsbald verfaßt werden sollte, die Form muß eine Organisation von Mitgliedern und nicht von Vereinen sein. Es sind etwa 200 Mitglieder in 10 Vereinen und 50 Einzelmitglieder vorhanden, die sich in einem Jahresbericht verdoppeln werden. Die Agitation wird vorläufig Hauptfache des Zentralverbandes sein. — Nach langer Diskussion wurde folgender Antrag einstimmig angenommen:

Die am 13. April in Bremen tagende Konferenz der abstinenten Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands beschließt die Gründung einer Zentralorganisation der abstinenten Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands. Dieser Beschluß tritt mit dem 1. Mai 1903 in Kraft. — Die Konferenz fordert alle Arbeiter-Abstinentenvereine Deutschlands auf, sich am 1. Mai 1903 in Ortsgruppen der Zentralorganisation umzusetzen.

Zur Stellung der Arbeiter-Abstinenz-Bewegung eine innerhalb der Abstinenzbewegung wird eine Resolution in Bremer-Hamburg angenommen. Dieselbe lautet:

Der am 12. April in Bremen tagende und am 1. Mai 1903 in Kraft tretende Deutsche Abstinenten-Verband schließt in dem Wählergesetz nicht nur eine Schlüsselrolle in der Entwicklung der einzelnen Individuen, sondern auch einen Vorschlag in den Freiheits- und Kulturfortschritten der gesamten Menschheit.

Der Bund macht es sich zur Aufgabe, das Material, welches die internationale Arbeiterbewegung und die praktische Durchführung der Tagesforderung zu sammeln, um es dann der gesamten Arbeiterbewegung Deutschlands zugänglich zu machen. Damit diese durch die Bekämpfung des Wohlstandes Kampfes für den Klassenkampf nicht von den Befürwortern unserer Zeit übersehen und geringfügig gemacht wird, ist es dies auch den Wählergesetz dieser der Fall war.

### Die Konferenz des Gaus II

Am Sonntag, den 12. April, im Gasthaus „Zum Schloß“ in Stadt-Jm. Bertraten waren der Gauvorsitzende und Gauassistenten, sowie die Gauassistenten Othmar, Rühlin, Weyhshausen, Waltershausen, Stadt-Jm und Gotha. Nicht vertreten waren Jmenau und Kassel. Mehrere Zahlstelle hatte zwar ihre Vertretung dem Gauassistenten übertragen; diese Vertretung wurde aber von der Konferenz nicht anerkannt. Die Eröffnung erfolgte Vormittags 11 Uhr. Der Delegierte von Stadt-Jm hielt die Kollegen herzlich willkommen und wünschte, daß die Verhandlungen zum Nutzen des Gaus und Bestandes sein mögen.

Nach dem Bericht des Gauvorsitzenden fanden 8 Agitations-Touren statt. Sodann ist die Zahlstelle Jmenau gegenüber und Friedrichs-Ober eingezogen. Bei Differenzen von Kollegen mit ihren Unternehmern mußte in Kassel und Kassel eingegriffen werden. Der Gauvorsitzende erlebte seine Geschäfte in 8 Sitzungen. Am Schluß erwähnte der Gauvorsitzende noch, daß die Zahlstellen sich mehr an den Gauvorsitzenden halten müßten, damit auch auf dem Gebiet der Agitation mehr geleistet werden könnte. Der Gauassistent Rühlin berichtete, daß die Gauassistenten 288,78 Mk., die Ausgabe 187,20 Mk. betrug. Ein Kassensaldo von 101,58 Mk. sei noch vorhanden. An diese beiden Punkte schloß sich eine sehr lebhafte Debatte, hervorgerufen durch Nichtachtung des Beschlusses der vorjährigen Konferenz. Diese hatte beschlossen, die diesjährige Konferenz solle nicht zu Ostern, sondern am Sonntag zwischen Ostern und Pfingsten stattfinden. Im Laufe der Debatte hatte der Kollege aus Waltershausen den Antrag: „In Zukunft sind die Gaukonferenzen mehr im Mittelpunkt des Gaus abzuhalten, und nicht auf Festtagen, sondern auf einem Sonntag zwischen Ostern und Pfingsten.“ Die Konferenz beschließt demgemäß. Der Antrag von Kassel, die Konferenz alle zwei Jahre abzuhalten, wurde von Gotha zurückgewiesen. Die Konferenz ging über den Antrag zur Tagesordnung über. Der Kollege von Waltershausen erstreckte die Gründe, welche die Schließung der Zahlstelle Friedrichs-Ober zurechneten. Auf Anfrage von Othmar, wie es mit Friedrichs-Ober steht, gibt Waltershausen genügend Aufschluß. Gleichzeitig entrollt der Kollege von Waltershausen ein bräustliches Bild der dortigen Gummifabrik von Volkod. Obgleich es schwer sei, dort Fuß zu fassen, so wolle die Zahlstelle das Möglichste thun. Aus dem Bericht der Zahlstellen findet man, daß trotz der wirtschaftlichen Krise der Stand der Mitglieder gehalten werden konnte. Auf eine Aussprache von Gotha betriebs der Reifer ist man der Ansicht, da in dem angeführten Betriebe in Gotha die organisierten Arbeiter den 1. Mai feiern (sind sämtliche 200 Arbeiter organisiert), auch unsere 8 Kollegen mitfeiern müßten. Eine daraus entstehende Mahregelung ist vom Gauvorsitzenden zu unterstützen. Ferner wurde auch die Erhaltung der Arbeitslosenunterstützung für 11. Gau einer Kritik unterzogen. Ueber die Dams- und Gräberarbeit wurde auch diskutiert, da man vielfach die Grenze nicht kenne, wohin sie gehören. Der billige Monatsbeitrag sei nicht immer annehmbar, wenn dieselben sich unserem Verband anschließen. Der Stadt-Jmer Antrag, alle 4 Wochen einen Referenten zu stellen, wurde bekämpft. In betreffenden öffentlichen Versammlungen werde nicht immer das gewünschte, was gewünscht werde. Eine gründliche Agitation von Mund zu Mund, von Werkstatt zu Werkstatt erziele mehr. Natürlich sollten auch im Jahre 1 oder 2 Redner gestellt werden. Der Antrag wurde somit abgelehnt. Von Othmar wird angeregt, einen Stempel anzuschaffen, die ausgegebenen Flugblätter mit den Worten „wird wieder abgeholt“ zu versehen. Dadurch verspricht man sich, eher mit den Bannern unterhandeln zu können, die Konferenz beschließt demgemäß, mit dem Bemerkten, daß dies nur bei Zahlstellen gelte, wo es gewünscht werde. (Ratloslich auf Kosten der Zahlstellen. D. Red.) Dem Gauvorsitzenden wird noch betont, die Agitation bis nach der Reichstagswahl zu lassen. Aus diesem Grunde sei auch die schon angefertigte Agitationsliste zurückgesetzt. Der Antrag von Stadt-Jm, den Sitz des Gaus auch nach dem Mittelpunkt derselben zu verlegen, und zwar nach Gotha, wird vom Kollegen aus Weyhshausen bekämpft. Der Kollege von Gotha bestrich den Antrag, aber nicht aus dem Grunde, weil gerade Gotha in Frage kommt, sondern aus wirtschaftlicher und finanzieller Gründe. Im Uebrigen sei der Antrag schon auf allen Sonntagen vorhanden gewesen. Ein Widerspruch gegen die jetzigen Verfahren in der Gauverwaltung sei gar nicht vorhanden. Der Gauvorsitzende erwähnt, daß er persönlich gegen Gotha nicht eingewunden habe, nur gegen den früheren Vorsitzenden, Jmenau zu wählen, müsse er Einspruch erheben, da dort keine Zahlstelle vorhanden sei. Wegen der Bedienung des Sitzes Jmenau Othmar, Waltershausen und Weyhshausen. Für die Verlegung Jmenau Stadt-Jm, Gotha und Kassel. Die anwesenden Mitglieder des Gauverbandes entschieden sich für die Verlegung. Das Votum wird von Weyhshausen gegen und zwar für Gotha. Die nächste Konferenz wird in Kassel abgehalten. Kollege Rühlin konstatiert, daß namentlich die Gegenordnung erlebige sei. Nach einem Schlusssatz des Vorsitzenden, welcher wünscht, daß die neue Gauleitung den Verband fördern und stärken möge, wurde um 5 Uhr die Konferenz geschlossen.

### Konferenz des Gaus 12.

Die diesjährige Konferenz tagte am 12. April in Kassel und wurde um 10 1/2 Uhr durch Kollegen Störmer eröffnet. Nach der Wahl eines Bureaus erstattete Kollege Störmer Bericht über seine Tätigkeit als Vorsitzender des Gauverbandes. Kollege Bauer gab den Kassensbericht, der von den Kassisten bestätigt wurde. Beim Bericht der Delegierten hatte der Vorsitzende mit, daß von den 14 Zahlstellen des Gaus neun Gaus durch Delegierte vertreten sind, ebenso sind die Mitglieder von Ostung durch einen Delegierten vertreten. Nicht vertreten waren die Zahlstellen Schwabach, Regensburg, Rosenheim, Gmund a. Teg. und Ganting, letztere drei unentschieden. Das Bild, das durch die Berichte der Delegierten entrollt wurde, zeigt die bittere Forderung anderer angestrebter Wirtschaftslieferungs. Bedingungen der ohnehin so schlechten Wirtschaftslieferungen von Kollegen und Kolleginnen die für den Verband thätig waren, vergrößerte Arbeitszeit zum Schaden der Arbeiter, Erhöhung der Mietes und Lebensmittelpreise, Arbeitslosigkeit, schändliche Behandlung der Arbeiter durch ihre Vorgesetzten, das was so angeführt wurde, was aus all den Berichten mehr oder minder klar hervortritt. Bedauerlich ist der Stimmungs der Arbeiter, der es den Unternehmern erst recht leicht mache, sie noch mehr zu treiben und auszuschinden. Ueberall wurde sich ferner das Bestreben der Geistlichen geltend, durch Gründung

von katholischen Arbeitervereinen gestützt unter die Arbeiter zu tragen, Versammlungslokale abzutreiben und unsere Bestrebungen als unchristlich zu verdächtigen. Trotz alledem bekräftigten die meisten Delegierten, daß ihnen die Erhaltung ihrer Mitglieder gelingen sei, andere konnten auch von ganz ansehnlichem Mitgliederzuwachs berichten; so berichtete der Delegierte Wilhelm Wächter, daß im letzten Quartal 407 Mitglieder gewonnen worden. Klar war man sich in der nachfolgenden Diskussion darin, daß auch für die Zukunft Alles angeboten werden müsse, um neue Anhänger zu gewinnen, die Organisation weiter auszubauen. Daß man sich unter den ohnehin schon schlechten wirtschaftlichen Verhältnissen mehr auf die Hilfe oder mündliche Agitation beschränken. Beschlossen wurde dementsprechend, daß der Gauverband in nächster Zeit ein Flugblatt herauszugeben habe, das in wirkungsvoller Weise die Agitation zu unterstützen hilft. Ferner soll allorteljährlich ein Berichtsfornular an die Zahlstellen hinausgehen, auf denen die Bevollmächtigten die Situation zu schildern haben, und die dann als Material für den Gauverband dienen sollen. Abgelehnt wurde ein Antrag der Zahlstelle Schwabach, als Ort der nächsten Konferenz Kassel zu bestimmen. Als Vorsitzender wurde Kollege Störmer einstimmig wiedergewählt. Die Worten des Dankes für das geleistete Vertrauen, mit der Aufforderung an die Delegierten, Alles auszubringen, was in ihren Kräften stehe, um die Sache des werktätigen Volkes zu fördern, unter dem Hinweis auf das schon erwähnte Verhalten der Gauverbandes, denen es zu verdanken ist, wenn die Lebenshaltung der Arbeiter sich verheere, und daran erkennend, daß allüberall die Schmarotzer an der Arbeit sind, um den Arbeitern den letzten Rest von Menschlichkeit zu nehmen, ihn ganz zum Lasten herabzumürbigen, schloß der Vorsitzende um 3 1/2 Uhr die Konferenz.

### Denk an den Streikfonds!

### Korrespondenzen.

Apenrade. In einer Versammlung gab der erste Bevollmächtigte einen Situationsbericht vom Streik. Er stellte fest, daß überall in den gesperrten Betrieben der Arbeitermangel sehr spürbar sei. Speziell auf den Bann herrsche absolute Ruhe. Die Stimmung der Versammlung war eine gute. Niemand spürte den Budgetkrampf zu machen. Somit ist die Situation unverändert. Fremde Arbeitsschäfte kommen nicht resp. reifen wieder ab. — Streikprojekt. In der Schöffengerichtsverhandlung hatte sich der erste Bevollmächtigte Mathiesen gegen die Anklage zu verantworten, er habe versandt, die als Zeugen erschienenen B. Hansen-Apenrade und William Andresen-Dottfeld durch Drohung zu nötigen, an dem Streik der Hilfsarbeiter teilzunehmen. Der Angeklagte gab zu, die beiden Zeugen zur Teilnahme an dem Streik zu überreden versucht zu haben, jedoch hat er keine Drohungen gebraucht. Der Zeuge Hansen sagt aus, Mathiesen habe ihn aufgefordert, teilzunehmen; er würde, wenn er sich solidarisch mit den Streikenden erkläre, unterstützt werden; hätte er das nicht, müßte er die Folgen tragen. Auch müsse er ja wissen, daß seine Kameraden ihn als Streikbrecher ansehen würden. Daraufhin wurde Mathiesen zu 8 Tagen Gefängnis und in die Kosten verurteilt. — Was den zweiten Fall anlangt, so machte Zeuge Andresen dieselben Aussagen und sagte hinzu, Mathiesen habe zu ihm gesagt, er möge bedenken, daß unter den Streikenden auch viele schlimme Leute seien. Er könne riskieren, die Beine kaputt geschlagen zu bekommen. Der Angeklagte glaubt nicht, daß der Zeuge die deutsche Sprache genügend beherrscht, um mit Sicherheit das Gespräch zwischen ihnen deutsch wiedergeben zu können. Andresen wurde darauf in dänischer Sprache vernommen und gab die oben mitgetheilten Erklärungen ab. In dieser Sache erklärte sich das Schöffengericht für nicht kompetent und verwies die Angelegenheit an das Landgericht in Flensburg.

Entgegen der hoffnungsvollen Stimmung, die aus dem ersten Theile des vorstehenden Berichtes klingt, ging uns die Nachricht zu, daß die Beendigung des Streiks besprochen worden ist. Die Arbeit wird wieder zu den alten Bedingungen aufgenommen. In einer von den Streikenden im Stadttheater abgehaltenen Versammlung wurde mit 98 gegen 18 Stimmen beschlossen, die Arbeit wieder aufzunehmen, vorausgesetzt, daß keine Mahregelungen vorgenommen werden. Daß die Streikenden diesen Beschluß sahen, hat folgenden Grund: Die Arbeitgeber haben mehrmals die Erhaltung abgegeben, sobald die Arbeiter die Arbeit wieder aufnehmen wollten, wären sie gewillt, in Unterhandlungen einzutreten. Da es nun schien, daß der Kampf ein lange dauernd werden würde, wollte die Mehrheit der Streikenden den Streik aufheben und protestieren, was die Arbeitgeber zugestehen würden. Der Streik ist also beendet.

Wegedorf. In der Mitgliederversammlung am 9. April, die in Sande beim Kollegen Lange tagte, sprach Kollege Stille über Konsumvereine und Arbeiterbewegung. Er führte aus, worin der Vortheil der Konsumvereine bestehe. Der Konsum-, Bau- und Sparverein „Produktion“ habe es schon nach dreijährigem Bestehen auf eine Mitgliederzahl von 13519 gebracht. Die Mitgliedschaft würde mit einem Eintrittsgelde von 50 Pfg. erworben. Als Mitglied setze Jedem das Recht zu, über etwaige Mängel Beschwerde zu führen. Man solle aber nicht bloß Mitglied sein, sondern seinen ganzen Bedarf in dem Verein decken. Gerade dadurch könne ein immer besserer Ausbau durchgeführt werden. — Unter Punkt 3 sprach Kollege Stille über die Bedeutung des 1. Mai und forderte alle Kollegen, welche ohne Schädigung ihrer Existenz die Arbeit ruhen lassen können, auf, durch Feiern für die Ideen des 1. Mai sich zu betheuern.

Scherbenberg. Am 10. April tagte hier eine Mitgliederversammlung im „Volkshaus“, welche leidlich besucht war. Kollege Kohl hielt einen Vortrag über: „Die Bedeutung der Arbeitslosenunterstützung.“ Nach dem Vortrag wurde über die von den Bevollmächtigten angearbeiteten Bestimmungen unter denen die Arbeitslosenunterstützung gewährt werden soll, beraten und angenommen.

Felsenheim. In einer öffentlichen Versammlung, zu der wir alle Arbeiter und Arbeiterinnen eingeladen hatten, referierte Genosse Kalk aus Wülheim über: „Die Gewerkschaften im Kampfe mit den Wirtschaftskrisen.“ Der Vortragende entlegte sich der gestellten Aufgabe in anerkennenswerther Weise und fand mit seinen interessanten Ausführungen großen Beifall. Besonders hervorzuheben der Redner an Beispielen den Widerstand, der in Lyone und Prodig der sich Christen wendenden Unternehmer und Kapitalisten zu Tage tritt. Daß die heutigen Arbeiter der christlichen Straße, die noch mehr Diner und Helfer der kapitalistischen Ausbeuter sind, hierbei die nötige Beachtung finden, versteht sich am Bande. Während der politischen Arbeiterbewegung die Aufgabe anfallt, so führte Redner weiter aus, den Arbeitern einen vermehrten Einfluß wie bisher bei der Beschaffung zu verschaffen, seien die Gemeindefürsorge dazu berufen, durch Organisation der Arbeiter, durch Bildung und Belebung derselben diese zur richtigen Erkenntnis ihrer Bestimmung als Mensch im Gewerkschaften zu bringen. Um dieses hohe Ziel erreichen zu können, bedürfte es der Vereinigung aller Arbeiter, und sei es Pflicht, besonders der ungelerten Arbeiter, daran Kontingent an weisen durch die heutige Produktionsweise verflücht werde, sich zusammen zu thun in dem Verband. — Der Vortrag hatte den Erfolg, daß wieder 10 Mitglieder unserem Verbande beigetreten wurden. Ist dies auch nur ein bescheidenes Resultat in Anbetracht der

hier zugewiesene Fabrikarbeiter, wir werden in unserem Bemühen, unsere Organisation weiter auszudehnen, nicht nachlassen, in dem Bewußtsein, einer hohen und erhabenen Sache zu dienen.

**Griethheim.** Am 20. April tagte eine öffentliche Versammlung, in welcher Genosse Wolf aus Mülheim einen gut durchdachten und ansehenden Vortrag über: „Die kulturellen Aufgaben der Gewerkschaften“ hielt. Die Mithstände in der hiesigen mechanischen Weberei bildeten den weiteren Beratungsstoff der Versammlung, welcher auch der Inhaber der Fabrik, Herr Klein, beizuwohnt. Weil Herr Klein einen Arbeiter, welcher in einer letzten tagenden Versammlung einige Mithstände rügte, entließ, hat sich die Erbitterung der Arbeiterchaft nur noch vergrößert. Nach dem, was in der Versammlung vorgebracht wurde, scheint in dieser Fabrik recht viel saul zu sein. Das Strafsystem ist ein recht ausgeprägtes und wurde früher, als der Vater des jetzigen Inhabers noch Betriebsleiter war, nicht so gehandhabt. Eine Weberin allein zahlte vom 24. Januar bis heute beinahe 10 Mk. Strafe, eine andere vom 22. Februar bis heute 5 Mk. Es dürften überhaupt wenig Arbeiter und Arbeiterinnen in der Fabrik beschäftigt sein, welche noch nicht von diesen drakonischen Strafen betroffen wurden. In einem Jahre hatte eine Weberin 23 Mk. an Strafe zu zahlen. Die in der Fabrik gezahlten Löhne stehen mit den Strafen nicht im Einklang. Parabelhöhe von 29—45 Mk. in 12 Arbeitstagen verspricht Herr Klein in Inzeraten, in denen er Arbeiter sucht, zu bezahlen, aber diese Löhne, welche ja ohnehin noch gering sind, werden selten verdient. Vor einiger Zeit wurden tüchtige Segeltuchweber von Rassel eingestellt, diesen wurde für die erste Woche 4,81 und 4,50 Mk. an Lohn geboten. Der Umstand, daß in der Fabrik viele Arbeiterinnen beschäftigt werden, legt Herrn Klein in den Stand, mit diesen zu machen was er will. Die Aborte waren bis jetzt in einem geradezu abstoßlichen Zustande. Das Sittlichkeitsgefühl der Arbeiterinnen wurde gar nicht berücksichtigt. Das Material, welches die Arbeiter zum Weben bekommen, ist zum Teil so schlecht, daß die Arbeiter überhaupt nichts verdienen können. Wenn es nun wahr ist, was in der Versammlung behauptet wurde, daß Herr Klein in den evangelischen Arbeitervereinen Vorträge hält, braucht man sich nicht zu wundern, daß dieser Mann so den Herrenstandpunkt herausleht und von Hegern in der Fabrik spricht, die er nicht dulden könnte. Herr Klein, welcher die gegen ihn erhobenen Vorwürfe mit zynischem Lachen beantwortete, versuchte es, sich in der Versammlung zu rechtfertigen. Er meinte, es sei sein schälichster Wunsch, daß auch seine Arbeiter mehr verdienen, aber die Arbeitslöhne würden ihm von der Konkurrenz bestimmt. Die Rantine, die er eingerichtet habe, um das Fortkommen der Arbeiter zu erleichtern, würde nur wenig benutzt. Auch das Strafsystem müsse er aufrecht erhalten, um Ordnung in seinen Betrieb zu bekommen. Uebrigens müsse er mit seinen Verhältnissen rechnen und wisse noch nicht, ob er nicht auch einmal wieder sein Brot mit seiner Hände Arbeit verdienen müsse. Von dem gemäßigten Arbeiter und von einem anderen Genossen wurde diese angebliche Arbeiterfreundlichkeit des Herrn Klein, der sich mittlerweile entfernt hatte, in das richtige Licht gerückt. Die Rantine würde nicht benutzt, weil das dort verabreichte Essen ungenügend und mangelhaft sei. Auch sei es merkwürdig, daß Herr Klein hier etwas für die Arbeiter thun wolle, sie aber noch schlecht bezahle.

**Hamburg-Hamm.** In unserer letzten Mitgliederversammlung wurde die Abrechnung vom 1. Quartal vorgelegt und genehmigt. Zur Reise wurde in Erinnerung gebracht, daß der Kollege, welcher den 1. Mai durch Arbeitssuche nicht feiert, verpflichtet ist, eine Karte zu 50 resp. 25 Pf. zu nehmen. Zu der bevorstehenden Versammlung wurden 30 Mk. bewilligt und die Kollegen wurden aufgefordert, an derselben sich tege zu beteiligen. Der Kollege Wiese machte darauf aufmerksam, daß die Kassekassier bei Wiederholt in den Verband einretretenden Personen darauf achten müssen, daß diese etwa von ihnen geschuldete Beitragsreste bezahlen. Nach § 7 Abs. a wurden folgende Personen ausgeschlossen: A. Umland, J. Brunner, G. Buhmann, Olwet.

**Hildburg.** Ueber: „Das Koalitionsrecht der deutschen Arbeiter“ referierte Arbeitersekretär Müller aus Altona in unserer letzten Mitgliederversammlung. Redner leitete seinen Vortrag ein mit einem Rückblick auf die Entwicklungsgeschichte des Koalitionsrechtes. In Sachsisch-Preußen erfolgte die Gewährung des Koalitionsrechtes im Jahre 1861; für den Norddeutschen Bund brachte erst die Gewerbeordnung 1869 eine endgiltige Regelung der Verhältnisse. Mit dem § 152 der Gewerbeordnung wurde nicht ausgeschlossen, daß die zur Erreichung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen geschaffenen Organisationen auch nicht den Vereinigungsverhältnissen der einzelnen Bundesstaaten unterliegen sollten, und diese aus der sogenannten Reaktionsperiode stammenden Gesetze werden gegen die Gewerkschaften in vollem Maße angewandt. Das preussische Overtribunal entschied am 28. November 1878 wie folgt: „Der Zweck der sittlichen und materiellen Hebung des Arbeiterstandes ist als eine öffentliche Angelegenheit anzusehen.“ Das preussische Kammergericht ging so weit, zu erklären: „In den politischen Gegenständen im Sinne des Vereinsgesetzes gehören solche, welche Sozialpolitik, insbesondere auch die Regelung der Arbeitszeit betreffen.“ Redner geht weiter auf verschiedene Gesetzesparagrafen ein und kritisiert besonders den Verfassungsparagrafen und das Vorgehen gegen das Streikbewußtsein durch Strafenordnungen. Die Gewerkschaften müssen sich mehr denn je daran gewöhnen, ihre Mitglieder über die in Betracht kommenden Strafbestimmungen des Vereinsgesetzes und des Strafgesetzbuches aufzuklären. Beim 2. Punkt: „Festsetzung der Beitragsleistung“, wurde nach langer Debatte beschlossen: Der Beitrag beträgt vom 1. April an alle 14 Tage 45 Pf., von denen 40 Pf. in die Hauptkasse fließen. Die verbleibenden 5 Pf. sollen zur Bestreitung der Lokalausgaben verwendet werden. Nachdem noch einige kleinere Sachen erledigt wurden, erfolgte Schluß der Versammlung.

**Henningsdorf a. d. Savel.** Am 14. April tagte im Lokale der Frau Fran eine öffentliche Versammlung, in der Kollege Demmeritz referierte. Er führte aus, daß durch die Ereignisse der letzten Zeit es unerlässlich bewiesen sei, daß die Kollegen sich organisieren müssen. Die Unternehmer suchen nicht nur den Lohn niedrig zu halten, sie möchten sich außerdem das Recht an, die Stimmung der Arbeiter zu beeinflussen, sie zu hindern, von dem gesetzlich gemäßigtesten Vereinigungsrecht Gebrauch zu machen. Es scheint die Annahme berechtigt, daß unter den hiesigen Arbeitgebern ein Abkommen getroffen sei, Arbeiter, die dafür bekannt seien, daß sie energisch ihr Recht vertreteten, an der Arbeit auszuschließen. Dafür werden fremde Arbeiter, namentlich besonders polnische sind es, welche sich der Vorteile hiesiger Unternehmer erfreuen können. Warum? Weil sie mit geringem Lohn ankommen. Die am Orte bezahlten Löhne schwanken zwischen 18—20 Pf. die Stunde, die Arbeitszeit beträgt 11 Stunden. Diese Verhältnisse sind ungenügend; öffentlich gelagt es bald, eine Forderung zu stellen.

**Kaiserlautern.** Sonntag, den 20. März, tagte hier eine öffentliche Versammlung, in welcher Kollege Hell aus Mannheim einen Vortrag über: „Die Liebe des Nächsten“ hielt. Er führte die Forderungen der Arbeiter, wie oben Arbeit die Forderungen nach und nach machte. Ferner kennzeichnete Hell die Beschäftigungsbedingungen einzelner Unternehmer, die angeblich aus Liebe zu den Arbeitern gehandelt worden seien, in Wirklichkeit aber darauf hinwirkten, die Arbeiter zu

in größere Abhängigkeit zu bringen. Solche Wohlthaten würden dann zu einer Plage, gegen welche der Arbeiter sich wehren müsse. Mit einer Aufforderung an die Anwesenden, sich der Organisation anzuschließen, endete der Vortragende.

**Leipzig.** Am 9. April tagte eine öffentliche Versammlung aller in der Seifenbranche beschäftigten Arbeiter. Ueber die Lohn- und Arbeitsverhältnisse in den Seifenfabriken sprach Kollege Pohl. Er wies darauf hin, daß in den Seifenfabriken der Lohn nicht mehr gezahlt werde, wie im Jahre 1900 tarifmäßig festgelegt wurde. Es wurden auch Mithstände, welche vom Redner angeführt wurden, in der Diskussion besprochen, Arbeiter, welche 26 und 27 Jahre beim Unternehmer arbeiten, haben einen Lohn von 18, 19, 22, und einzelne Personen 28 Mark. Das System der Strafen ist ziemlich ausgebreitet. Zuspätkommen wird mit 40 Pf. bestraft. Biegestunden werden nicht bezahlt, halbe Stunden meist mit 15, ganze Stunden mit 30 Pf. bezahlt, also ist die Strafe höher als der Stundenlohn. Durch Annahme einer Resolution erklärten sich die Kollegen bereit, dem Verbands beizutreten. Zwei Kollegen wurden in das Agitationskomitee gewählt und 5 Kollegen wurden gewählt, welchen die Ausarbeitung eines Lokalkartells für die auf Seifenfabriken beschäftigten Personen aufgegeben wurde.

**Magdeburg.** Sonnabend, den 18. April, tagte im Lokale des Herrn Bartels unsere Versammlung. Der zweite Bevollmächtigte legte die Quartalsabrechnung vor. Ihm wurde Entlastung erteilt. Darauf gab der Gewerkschaftsleiter einen Bericht über die von ihm entfaltet Tätigkeit, dabei betonend, daß er bei der Agitation auf Hindernisse gestoßen sei, die ihm von anderen Organisationen gemacht wurden, so in Niederitz und Siendal. Am ersten Orte verhinderten die Mauter die Aufnahme der Zeigeleiarbeiter in unseren Verband, am letzteren Orte waren es die Transportarbeiter, welche unsere Mitglieder zum Uebertreten veranlaßten, was eig Eingehen der Zahlstelle zur Folge hatte.

**Or.-Osterleben.** Hier tagte am 19. April eine Mitgliederversammlung. Zum 1. Punkt der Tagesordnung wurde vom Kassier Bericht über die Abrechnung des vergangenen Quartals erteilt und dieselbe von den Revisoren für richtig befunden. Zum 2. Punkt wurde über die diesjährige Maßregel debattiert und zwar über folgenden Antrag: Die Kollegen mögen beschließen, von dem am 1. Mai arbeitenden Kollegen einen freiwilligen Beitrag von 25 Pf. zu erheben zur Unterstützung derjenigen Kollegen, welche Verhältnisse halber gezwungen sind, den 1. Mai zu feiern (die Bauarbeiter), und hierfür dann ein paar Tage auszuheilen. Es soll hierdurch unsere Lokalkasse entlastet werden. Weiter wurde dieser Antrag mit Stimmgleichheit abgelehnt.

**Schmiebnd.** Ueber die Gewerkschaften ein und jetzt referierte der Kollege Bennenitz aus Rixdorf in einer am 5. April abgehaltenen öffentlichen Versammlung. Er führte die Ursachen des Entstehens der Gewerkschaften an, schilderte den Widerstand, welchen sie erfahren und noch erfahren, und beschrieb ihre Entwicklung und Aufgaben. Der Aufforderung, dem Verbands beizutreten, leisteten zwei Kollegen Folge.

**Torgau.** Sonnabend, den 4. April, tagte hier eine öffentliche Versammlung, in der Kollege Schütz aus Leipzig über die Bedeutung der Gewerkschaftsorganisation referierte. Es wurden 6 Mitglieder gewonnen.

**Wandebel.** In der Mitgliederversammlung vom 8. April wurde zum ersten Punkte der Tagesordnung die Frage erörtert: in welcher Weise können wir die Bleichereiarbeiter und -Arbeiterinnen für unsere Organisation gewinnen? Zimmermann führte aus, daß von anderer Seite aus in letzter Zeit Alles versucht worden sei, um dieselben zu unserer Organisation heranzuziehen, aber leider wäre bei der Mehrzahl dieser Leute das genügende Interesse nicht vorhanden. Nach einer kurzen Diskussion wurde folgender von Martens gestellter Antrag angenommen: Die Agitation unter diesen Arbeitern und Arbeiterinnen vorläufig einzustellen, unter Augenmerk jedoch nach wie vor auf die Zustände in den Bleichereien zu richten, und so weit Mithstände zu verzeichnen sind, die nötigen Schritte zur Abhilfe einzuleiten.

### Quittung.

Es werden nur die Gesamtbeträge quittiert, eine Spezialquittung derselben erfolgt an dieser Stelle nicht mehr. Bei der Hauptkasse gtagen seit dem 15. April folgende Beträge ein:

Gartba 149,85	Rothenburgsort 684,01	Neumünster 203,33	Schlutup 126,50	Vornitz 65,80	Winterbude 67,70
Silberberg (S.-A.) 66,15	Walheim 58,25	Wobuh 11,25	Brunsbüttel 21,10	Schweinfurt 65,45	Koßlau 48,96
Qalle (Nord) 138,35	Miel 139,70	Altona 391,50	Barmbeck 95,25	Selmsdorf 67,65	Lübeck 122,08
Heilsbrunn 99,16	Bregenhelm 77,85	Borsby 68,93	Rauterbach 22,10	Gonzenheim 10,45	Girchberg 31,40
Danzig 16,--	Hannover (Nordolt) 255,51	Binden II 35,35	Stellingen 225,60	Bunja 118,40	Raffel 77,70
Beisenfels 65,30	Raguin 33,44	Jahnid 25,85	Wandsbeck 927,44	Hamburg 2056,57	Gimsbüttel 199,50
Igehoe 158,99	Stoddelsdorf 57,89	Lauenburg (Elbe) 55,78	Johanniskhal 37,80	Wittorf 19,35	Schnebeck 122,01
Dierenstedt 134,01	Schwabach 30,45	Wägerdorf 188,57	Lübeck 177,85	Hamburg v. d. S. 5,80	Gotha 25,60
Rendsbarg 133,36	Rienburg a. d. S. 114,70	Bilmwärder 21,--	Ufermünde 29,86	Lankam 166,26	Osterrind 142,70
Mom-bach 59,92	Osterrind 45,13	Hann 22,57	Wilsfel 4,05	Ottensen 327,80	Pommerensdorf 177,54
Zerbst 88,75	Ammerdorf 52,66	Rechenfen 35,56	Schömmar 15,83	Neumünster 1,65	Fechenheim 113,55
Büllshov 219,20	Geesthacht 248,--	Waldshof 144,61	Lauenburg 68,48	Al.-Aubeim 65,70	Dülstedt 60,20
Schwiebas 44,50	Liebenwalde 36,--	Jonitz 41,60	Brück 17,70	Gimsborn 193,57	Leipzig (Ost) 244,14
Radesberg 42,50	Redargartach 42,10	München 987,11	Cöpenick 68,64	Magdeburg 502,06	Rodejuch 103,50
Heilsbrunn 78,35	Dübbelort 36,03	Dresden 305,10	Binden I 572,20	Frenzwalde 201,19	Bärgel a. W. 34,40
Wasselsche 115,61	Gr.-Salze 116,10	Hof 43,15	Altenhain 50,85	Dorf i. S. 24,30	Habersleben 83,95
Juffenhawlen 51,12	Unterförthelm 51,60	Uhlenhorst 248,12	Halle (Süd) 200,62	Weigen 198,62	Gattenstedt 14,--
Friedberg 18,--	Lungenau 28,95	Groß-Rähnan 30,65	Deffau 340,91	Röln-Schrenfeld 175,40	Seligenhadt a. W. 36,50
Oppau 26,75	Kattlerlaurten 42,69	Preß 76,17	Gutin 10,80	Dierbach a. Rh. 31,25	Hannover II (Rordolt) 23,80

Schluf: Dienstag, den 28. April, Mittags 12 Uhr.

**Verlorene und für ungiltig erklärte Bücher**  
61 139, ausgehellt auf den Namen Joh. Köhler in Ober-Röhlan.  
B. 11533, ausgehellt am 12. September 1897 auf den Namen Hermann Schmidt in Selmsdorf.  
42 668, ausgehellt am 23. März 1902 zu Sandersdorf auf den Namen Emil Jandt.

**Eingegangene Zahlstellen.**  
Alt-Darshan. Deffelfaren. Salzhausenborf. Rosenheim.

### Neue Adressen und Adressen-Änderungen.

**Gau 9 (Braunschweig).** Kassier: Gust. Dons, Kramerstr. 8, H. 1.  
**Blankenburg a. S.** Otto Balluch, Bärenstraße 8.  
**Brannschweig.** Gottfr. Weidag, Raststraße 60.  
**Czerst (Gau 9).** v. Garnowek.  
**Demmit.** Vertrauensmann Karl Wilhelm, Thurmstraße 2.  
**Halle (Süd).** Paul Wenz, Thorsstraße 23.  
**Halle (Nord).** Fritz Gae, Breitestraße 2.  
**Keitz.** A. Branger, Königstraße 85.  
**Leipzig-Roschadt.** Otto Schermositzky, Leipzig-Roschadt, Mariannenstraße 18, 40. — Kassier: Otto Büllmann, Leipzig-Sellerhausen, Lauenstraße 8, II. z.  
**Leipzig-Lindenau.** Kassier: Emil Dausl, Bettinerstraße 61, I.  
**Lützen.** (Eingelmitglieber.) Vertrauensmann: G. Bergmann, Gröbelstraße 14, II.  
**Oberhausen.** Heinrich Otto, Binkelstraße 44, prk.  
**Olvenstedt.** Franz Rordhaus, Knatterberg 78.  
**Qordam.** Karl Friede, Gröderstraße 5, II. Daselbst Auszahlung des Relegegeldes.  
**Regenbweg.** Heinrich Werginger, D. 144.  
**Sandersdorf.** Gustav Schmidt, Dorfplatz 11.  
**Schwedt a. d. Oder.** Ferdinand Sanne, Frenzlauesstraße 43a.  
**Untertürkheim.** G. Subler, Rothstraße 30.

### Gau 13 (Württemberg).

Sonntag, den 31. Mai, Vormittags 10 Uhr, findet in Stuttgart im „Gewerkchaftshaus“ unsere diesjährige Gaukonferenz statt.

#### Tagesordnung:

1. a) Bericht des Gauvorstandes, b) des Kassiers.
2. Situationsberichte der Delegirten.
3. Unsere fernere Agitation. Ref.: Kollege B r n e r.
4. Anträge und Beschließenes.

Die Anträge müssen bis 28. Mai an dem Unterzeichneten eingekandt sein. Im Interesse eines gebeillichen Weiterarbeitens sollte jede Zahlstelle vertreten sein.

Mit kollegialem Gruß

J. A.: Leonhard Brner, Gannstatt, Wallstraße 21.

### Gau 16.

Die diesjährige Gaukonferenz wird hiermit auf Sonntag, den 1. Juni, nach Eilen, in das Lokale der „Dorussia“, einberufen.

#### Tagesordnung:

1. Wahl des Bureau.
2. Wahl der Mantatsprüfungs-Kommission.
3. Bericht des Gauvorstandes.  
a) des Vorsitzenden,  
b) des Kassiers,  
c) der Revisoren.
4. Bericht der Delegirten.
5. Anträge.
6. Beschließenes.

Anträge zur Konferenz, sowie die Namen der Delegirten sind bis zum 20. Mai an den Unterzeichneten einzulanden.

J. A.: Jakob Stittgen, Köln-Schrenfeld, Subbelatherstraße 163, II.

### Gau 19 (Lübeck).

Am Sonntag, den 10. Mai, Vormittags 11 Uhr, findet unsere diesjährige Gaukonferenz in Faleburg, im Lokale des Herrn Paetan, statt.

### Inferate.

**Gingelmitglieder von Altenhain.**

Mitglieder-Versammlung am Sonntag, den 10. Mai, Nachmittags 2 Uhr, im Gasthof „Graudnitz“. Zahlreiches Erscheinen erwünscht. [76 Pfg.]

### Zahlstelle Barmbeck.

Die regelmässigen Mitglieder-Versammlungen finden statt am zweiten Mittwoch eines jeden Monats im Lokale des Herrn Wag Klupp, Dierichstraße 19.

Die Tagesordnung wird in der Versammlung bekannt gegeben. Jedes Mitglied ist eingeladen und berechtigt, Anträge zu stellen. [1,35 Mk.] Die Bevollmächtigten.

**Zahlung! Achtung!**  
**Zahlstelle Charlottenburg.**

Den Mitgliedern der Zahlstelle Charlottenburg wird hiers mit zur Kenntnis gebracht, daß laut Beschluß der Mitgliederversammlung vom 14. April 1903 Zahlmorgen eingerichtet sind, und zwar jeden 1. und 3. Sonntag im Monat, Vormittags von 9 bis 11 Uhr im „Volkshaus“, Hofmannstraße 3. [1,50 Mk.]

### Zahlstelle Friedberg.

Mitglieder-Versammlungen finden jedes 1. Sonntag im Monat statt. [60 Pfg.]

### Zahlstelle Mienburg a. d. Saale.

Sonntag, den 10. Mai, Abends 8 Uhr, findet im Gasthof „Zur grünen Linde“ zu Ehren der Delegirten ein

### Kränzchen

statt. Der Vorstand. Der Empfang der Delegirten findet durch Kollegen statt, welche mit rother Schleife versehen sind.

### Zahlstelle Ruhla i. Th.

Unsere Mitglieder-Versammlung findet regelmässig jeden ersten Montag im Monat, Abends 8 1/2 Uhr, in der Gde. statt. Nächste Versammlung Montag, den 4. Mai, Abends 8 1/2 Uhr. Das Erscheinen aller Mitglieder unbedingt erforderlich. [1,20 Mk.] Die Bevollmächtigten.